

Veit Schiffmann / Peter Zellmann

Sorgen um die Arbeitsplätze Diskussion um neue Beschäftigungsmodelle

Die Erneuerung und Erweiterung unserer Webseite ermöglicht uns auch Beiträge die an uns herangetragen werden und die wir für interessant halten ins Netz zu stellen, um Sie damit auf breiterer Basis als bisher über Forschungsergebnisse zu informieren.

Diesmal ein Gastkommentar von Fr. Dr. Christa Dertnig zum Thema der Selbständigkeit in Österreich. Ohne jede Polemik: Wir leben offenbar schon längst in einer Zweiklassengesellschaft und die Auswirkungen diesbezüglich sind nicht zu unterschätzen.

Schon aus einem Forschungstelegramm mit dem Thema: Forderungen an den Staat aus dem Jahre 2003 geht hervor, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eines der vorrangigsten Themen in der heutigen Gesellschaft ist.



Dabei ist aber zu bedenken, daß 84% der Menschen eher Existenzsorgen im Hinblick auf die Erhaltung des eigenen Arbeitsplatzes haben und sich mehr diesbezüglich sorgen, als es ihnen um die Schaffung neuer Arbeitsplätze geht.

Lösungsvorschläge gibt es, wie der folgende Beitrag zeigt. Wir hoffen, dass dieses Thema erneut aufgegriffen wird um Chancen einer möglichen Entwicklung zu diskutieren und Risiken zu vermeiden:

Selbstständig werden - aber nur mit Netz

Gastkommentar von Dr. Christa Dertnig

Neue Selbstständige sind eine Spezies, die sich rasch vermehrt. Und sie ist wohl die viel versprechendste Lösung im Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Im österreichischen Sozialstaat ist aber - noch - kein Platz für sie.

„Österreich ist einer der besten Sozialstaaten der Welt" - für neue Selbstständige kann das nur wie Hohn klingen, denn sie kommen darin nicht vor. Wehe, sie erkranken ernster, fallen durch einen Unfall für längere Zeit aus oder sind unverschuldet Leidtragende von Pleiten ihrer Auftraggeber: Dieser so hervorragende Sozialstaat hat für sie persönlich gar nichts anzubieten.

Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe gibt es nur für ArbeitnehmerInnen. Die Sozialhilfe ist für Selbstständige ebenfalls nicht vorgesehen, es sei denn, sie legen ihren Gewerbeschein zurück und verzichten somit darauf, wieder in legaler Form zu Aufträgen zu kommen. Außerdem ist Sozialhilfe ein Kredit und setzt völlige Mittellosigkeit voraus.

An den laufenden Einnahmen hängt die gesamte Sozialversicherung, also auch die Krankenversicherung für Betroffene und deren Kinder. Ja, sogar bei der medizinischen Behandlung kann das zu einer Zweiklassengesellschaft der anderen Art führen: nämlich dann, wenn der behandelnde Arzt nach einem Kreuzbandriss zuerst die Frage nach selbstständiger oder unselbstständiger Beschäftigung stellt und nur im zweiten Fall zur Operation rät (übrigens zu Recht, denn ein Selbstständiger hätte den gesamten Therapieprozess finanziell kaum durchgestanden).

Und doch sorgt die Umstrukturierung ganzer Branchen für die rapide Zunahme dieser neuen Art der Erwerbstätigkeit für Höchstqualifizierte bis zu ungelernten Personen: Outsourcing heißt das Schlagwort und reicht von IT-Dienstleistungen bis zu PR und Marketing. Neben unternehmensnahen Tätigkeiten gedeiht die neue Spezies auch prächtig bei persönlichen Dienstleistungen vom Reinigungs- über den Betreuungs- bis zum Gesundheits- & Wellnessbereich. Selbst in manchem Friseursalon wurden aus bewährten MitarbeiterInnen schon neue Selbstständige.

Der allort herrschende Kostendruck und das wachsende Heer von Arbeitslosen wird für reichlich Nachschub an solchen Mikrounternehmen sorgen.

Warum aber sollen gerade jene, die es wagen das soziale Netz der Arbeitslosenversicherung samt für sie kostenloser Kranken- und Pensionsversicherung zu verlassen und damit das Sozialbudget massiv zu entlasten, das gesamte Risiko selbst tragen? Entspricht das wirklich den Zielen des viel gerühmten (kontinental)europäischen Sozialmodells, auf das Österreichs Politiker so stolz verweisen?

Ein Europäisches Sozialmodell:

Wie können Menschen in neuen Arbeitsformen wie neue Selbstständige oder atypisch Beschäftigte (ohne volle Sozialversicherung) abgesichert werden? Auf Basis des 2003 erschienenen Sozialwortes der 14 christlichen Kirchen Österreichs erscheint folgendes Europäische Sozialmodell für das Jahr 2005 sinnvoll:

Unabhängig vom Familienstand und der Art der Beschäftigung werden Erwachsene im erwerbsfähigen Alter persönlich mit folgender staatlicher Sozialleistung abgesichert:

Wer pro Jahr weniger als 7000 Euro brutto bezieht (das sind 500 Euro brutto monatlich 14mal pro Jahr), bekommt generell 660 Euro (Zuschuss, monatlich, 12mal pro Jahr, Anm. d. Red.). Dieser Betrag verringert sich je nach Jahresbruttoeinkommen schrittweise. Wer 20.000 Euro brutto jährlich bezieht (das entspricht 1428,57 Euro brutto monatlich, 14mal), erhält keinen staatlichen Zuschuss mehr.

Kinder erhalten 220 Euro monatlich, ab dem Alter von 15 Jahren bis zur Volljährigkeit 330 Euro. Pensionen bis zu 15.840 Euro Jahresbrutto werden entsprechend erhöht.

(Die ½ Jahresbruttopension + 7.920.- Zuschuss, [660.- monatlich, 12mal pro Jahr] = neue Pension, Anm. d. Red.).

Diese Sozialleistung ersetzt Arbeitslosen-, Notstands-, Sozialhilfe, Ausgleichszulage, Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, nicht aber Wohn- und Mietbeihilfe. Sie unterliegt der Lohn- und Einkommenssteuer. Sollte keine Krankenversicherung bestehen, kann damit eine erworben werden. Die Leistung wird am Monatsanfang über die Finanzämter ausbezahlt.

Eine Offensive gegen Schwarzarbeit jeder Art wird gleichzeitig gestartet. Diese zusätzlichen Einnahmen und enorme Einsparungseffekte aus einer einfachen, klaren und transparenten Sozialbürokratie ermöglichen eine Finanzierung des Modells.

Christa Dertnig lebt als freie Journalistin und Politikwissenschaftlerin in Wien. Auf Basis des Sozialworts der 14 christlichen Kirchen Österreichs erarbeitete sie ein Neues Europäisches Sozialmodell. Den Kontakt zu Fr. Dr. Dertnig stellen wir gerne her.

Abschließend dürfen wir noch bemerken, dass wir uns in den nächsten Monaten ausführlicher mit diesem Thema und auch anderen Lösungsmodellen befassen werden, da wir eine Diskussion über eine eventuelle Erneuerung und Überarbeitung in diesem Bereich für die Zukunft für sehr wichtig halten.

Institut für Freizeit- und Tourismusforschung

